

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten
Deutschlands: A. Wölfe, Haackstein & Vogler, G. S. Damb,
Invalidentank. Berlin: Bernh. Arndt, Max Gersmann,
Eberhard W. Thieses. Greifswald: G. Mies. Halle a. S.
Jul. Bard & Co. Hamburg: Joh. Nothmann, A. Steiner,
William Witten. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M.
Geim. Eisler. Kopenhagen: Aug. J. Wolff & Co.

Deutschland.

Berlin, 28. Oktober. Die Erklärung, die der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht hat, läßt erkennen, daß man an leitender Stelle trotz der Zurückhaltung, die man bisher beobachtet hat, von den „Entschlüssen“ der „H. R.“ auf das peinlichste berührt worden ist. Sie enthält in schonendster Form die schärfste Kritik, die an dem Artikel des Hamburger Blattes geübt werden konnte. Die Regierung müßte sich eine Klarstellung verschaffen, da Vorgänge, wie die von dem Blatte erwähnten, ihrer Natur nach zu den strengsten Staatsgeheimnissen gehören, die zu bewahren eine internationale Pflicht sei, deren Verletzung eine Schädigung wichtiger Staatsinteressen bedingen würde. In dem Hamburger Blatte ist darnach nicht nur die Pflicht verlegt, sondern es ist, wie aus der Mitteilung des „Reichsanzeigers“ hervorgeht, durch die falsche und unvollständige Mitteilung die Gefahr der Veröffentlichung noch erhöht worden, ohne daß ein triftiger Grund für diesen Schritt zu erkennen wäre. Auch die „Hamb. Nachr.“ erkennen an, daß die Beziehungen zwischen England und Deutschland im gegenwärtigen Augenblicke wieder freundschaftlich sind. Der Warnungsruß nimmt sich daher aus wie Feuerlärm, nachdem das Feuer gelöscht und Alles in besser Ordnung ist. Ob mit der halbamtlichen Erklärung die Sache abgethan ist und ob nicht durch andere Kundgebungen die Regierung noch zu weiteren Aufklärungen gebrängt wird, muß abgewartet werden. Die weitere Geheimhaltung eines halbamtlichen Geheimnisses könnte vielleicht bedenklicher werden, als die Preisgebung des vollen Geheimnisses, wenn von einem solchen unter den beteiligten Mächten überhaupt gesprochen werden darf. Vielmehr lassen die a tempo von Wien aus erfolgten Angaben darauf schließen, daß nach Wien hin sofort Mitteilung von dem russisch-deutschen Abkommen gemacht wurde, gleichwie der russischen Regierung alsbald der zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn abgeschlossene Bündnisvertrag zur Kenntnis gebracht worden ist.

— Die Enthüllungen der „Hamb. Nachr.“ beschäftigen fortgesetzt die Presse des In- und Auslandes. Die „N. Fr. Pr.“ schreibt zu der Erklärung des „Reichsanzeiger“ über die „Entschlüssen“:

„Wenn der „Reichsanzeiger“ betont, daß die Zurechtweisung der Presse des In- und Auslandes. Die „N. Fr. Pr.“ schreibt zu der Erklärung des „Reichsanzeiger“ über die „Entschlüssen“:

„Wir haben zu unserer bisherigen Stellungnahme gegenüber den neuesten Indiskretionen, welche eine so scharfe Beurteilung in Berlin erfahren haben, gar nichts hinzuzufügen. Wenn die deutschen amtlichen Kreise keinen Anlaß zum Eingehen in eine Diskussion über die erfolgte Verletzung des Staatsgeheimnisses und die Schädigung wichtiger Staatsinteressen erblicken, haben wir nichts dagegen einzuwenden. Uns genügt der bisherige Zustand und die neue Versicherung von der Aufrichtigkeit und Vertragstreue der deutschen Politik, die durch diese Enthüllungen nicht erschüttert werden können.“

Zwischen macht sich die Ansicht geltend, daß Fürst Bismarck in der „Entschlüssen“ fernstehe, in dieser Beziehung will die „Neue Hamburger Zeitung“ aus guter Quelle erfahren haben, Dr. Geyndauer habe nach Berlin gebracht, daß Fürst Bismarck den Veröffentlichungen der „Hamb. Nachr.“ über den deutsch-russischen Bündnisvertrag völlig fernstehe. Falls dies zutrifft, handelt es sich um eine Privatschleifung des Journalisten Hoffmann, des Leitartiklers der „Hamb. Nachr.“, der in konstantem Verkehr mit Bismarck sich den Gedanken gienge und selbst den Stil desselben völlig zu eigen gemacht und möglicherweise früher erhaltene Mittheilungen jetzt frakturiert hat. Tatsache ist, daß mehrfach angegebene Emanationen Bismarcks auf Hoffmanns Konto gehörten, und daß dieser Bismarckscher als Bismarck ist. Die „Hamb. Nachr.“ bezeichnen übrigens die Mittheilungen der „N. Fr. Pr.“ über die Natur des Bündnisvertrages als den Verhältnissen entsprechend, als falsch hingegen die Annahme, Bismarck sei der Staatsmann, mit dem ein Freund desselben Platzes eine Unterhaltung über die europäische Lage gehabt haben will. Fürst Bismarck habe, wie die „Nachr.“ auf Grund eigener Erfahrungen, den Inhalt des Interviews erst aus den Zeitungen kennen gelernt.

— Mit der geplanten Gehaltsaufbesserung der Beamten ist gegenwärtig eine andere Frage in den Vordergrund der Erörterungen getreten, nämlich die des Steuerrechts der Beamten. Auf Grund des Gesetzes vom 11. Juni 1822 genießen die Beamten heute noch ein Vorrecht vor den übrigen Bürgern in Bezug auf die Heranziehung zu den Gemeindefinanzverhältnissen der Weise, daß sie nur die halbe Gemeindefinanzsteuer zu zahlen brauchen. Für die Stadt Berlin bezug der durch dieses Steuerrecht herbeigeführte Einnahmeausfall im Jahre 1890 1 760 642 Mark. Von verschiedenen Seiten nun wird verlangt, daß dieses Steuerrecht der Beamten beseitigt werde, und man fügt sich dabei auf Veranlassung der Vertreter der preussischen Staatsregierung, zum Beispiel auf die Erklärung, die der Geheim-Finanzrat Dr. Strug in der Kommission des Hauses der Abgeordneten, die sich im Frühjahr 1893 mit dieser Frage beschäftigte, abgegeben hat. Wie das „B. Z.“ hört, lehnt die Regierung es jedoch nach wie vor ab, die Frage des Steuerrechts der Beamten mit der allgemeinen Gehaltsaufbesserung in Zusammenhang zu bringen. Sie erwidert in dem Gesetz vom Juni 1822 kein eigentliches Vorrecht, sondern nur einen Akt der ausgleichenden Gerechtigkeit. Da die Heranziehung zur Gemeindefinanzsteuer in den

einzelnen Städten außerordentlich verschieden ist, und in mancher Stadt das Siebenfache des in der Nachbarstadt erhobenen Satzes beträgt, da andererseits der Beamte sich seinen Wohnort nicht frei wählen darf und sich jede Verlegung gefallen lassen muß, so glaubt die Regierung, ihre Beamten wenigstens bis zu einem gewissen Grade vor den Schwankungen in der Heranziehung zur Gemeindefinanzsteuer sicher stellen zu müssen. Einer Beseitigung dieses Steuerrechts stehen nach Ansicht der Regierung auch fiskalische Bedenken entgegen. Wollte man das Steuerrecht ganz beseitigen, so müßte die den Beamten zugeordnete Gehaltsaufbesserung erhöht werden, oder man müßte für eine anderweitige Entschädigung sorgen. Auf diese Weise würde, so argumentiert man in Kreisen der Regierung, beispielsweise der Stadt Berlin aus Staatsmitteln eine jährliche Zuwendung von rund zwei Millionen Mark gemacht werden. Eine solche „Zuwendung“ erscheint der Regierung aber im gegenwärtigen Augenblicke unthunlich. Sie wird sich deshalb, wie das „B. Z.“ hört, einigen etwaigen Anträgen auf Beseitigung des Steuerrechts der Beamten im Zusammenhang mit der Gehaltsaufbesserung prinzipiell ablehnend verhalten.

— Zur Debatte von an einzelnen Stellen aufgetretenen Mißverständnissen darf darauf verwiesen werden, daß die deutsche Gewerbeschau-Konferenz, welche jüngst in Berlin tagte und eine dem Anstich an die Union für den gewerblichen Eigenthumschutz günstige Resolution annahm, nicht ohne Weiteres die jetzt für diese internationale Vereinbarung geltenden Bestimmungen als ausreichend ansieht. Im Gegentheil, es ist von der Konferenz ausdrücklich anerkannt, daß die gegenwärtig allgemein geltenden Bestimmungen der Union nicht ausreichend sind, die für die Angehörigen der einzelnen Staaten vorhandenen Nachteile aus den Gesetzen zum Schutze des gewerblichen Eigenthums zu beheben und daß auch der Abschluß von Sonderverträgen innerhalb der Union dies zwar anbahnen könne, aber nur als äußerster Nothbehelf anzusehen sei. Im Einzelnen ist beispielsweise darauf verwiesen, daß die Prioritätsfrist nur dann Bedeutung habe, wenn sie mit dem Tage der ersten Anmeldung beginnt und daß sie für Staaten mit Vorprüfung, wie also Deutschland, durchgreifende Vortheile erst dann habe, wenn sie bis über die endgültige Ertheilung des Schutzes hinausreicht. Die Geltendmachung der Prioritätsfrist nach erfolgter Anmeldung bezug. Ertheilung der gewerblichen Eigenthumsrechte bringe für die Beteiligten Nachteile und schaffe einen unruhigen Rechtszustand. Ferner wird die bisher von der Union nicht gewährte gegenwärtige Unabhängigkeit der Patente als in erster Linie erstrebenswerth bezeichnet. Diese und andere Ausstellungen sind auch von den Freunden des Anschlusses Deutschlands an die Union gemacht, woraus hervorgeht, daß in diesen Kreisen durchaus nicht die Union als eine Staaten-Gemeinschaft angesehen wird, deren Vertrag nicht noch der Verbesserung bedürftig wäre.

— Trotz der starken Verneuerung der Eisenbahnlinien hat das Postfrachtwesen keine Einschränkung erfahren. Es sind fast nur Landpostkurse von geringer Länge weggefallen, andererseits aber erforderliche das Anwachsen der größeren Städte die stetige Verneuerung der Postanlagen. Die Zahl der Personenposten auf Landstraßen ist allerdings von 893 Ende 1880 auf 753 Ende 1895 zurückgegangen, indessen ist die Zahl der Postkurse auf Landstraßen von 9462 auf 10 385 gestiegen. Die Kurslänge der Posten auf Landstraßen betrug 1890 90 081 Kilometer, 1895 dagegen 92 308 Kilometer. An Privatpersonenfuhrwerken, die regelmäßig zur Beförderung von Postsendungen mitbenutzt werden, waren 1890 1417, 1895 1578 vorhanden; ihre Kurslänge betrug 1890 15 238 Kilometer, 1895 16 193 Kilometer. In Berlin, Köln a. Rh. und Düsseldorf bestehen reichhaltige Posthaltereien, die gute Erfolge aufzuweisen haben.

— Die „Nat.-Ztg.“ schreibt: Daß die Entscheidung in der Bismarck-Frage so gefallen, wie wir nach der Unterredung des Gouverneurs mit dem Reichskanzler berichtet, wird jetzt in der „Nordd. Allg. Ztg.“ mit folgenden Worten bestätigt:

„Daß Herr v. Bismarck auf den Posten des Gouverneurs von Deutsch-Schlesien nicht mehr zurückkehren wird, ist dem Vernehmen nach, namentlich höchst wahrscheinlich geworden.“ Es steht, genauer ausgedrückt, fest, ebenso daß Major von Bismarck zunächst in freier Stellung dem neuen Direktor der Kolonial-Abtheilung beistehen wird, sich in seine Thätigkeit einzuarbeiten, und daß er sich dann einige Jahre Ruhe gönnen will. Man darf aber mit Sicherheit annehmen, daß das Reich, wenn aussergewöhnliche Vorgänge in Afrika dies erfordern sollten, immer auf Major v. Bismarck zurück zählen können, wie er auch bereit war, sofort auf seinen bisherigen Posten zurückzutreten, wenn die unbegründete Meldung von einem Abreise-Auflaufe sich bestätigt hätte.

— Ueber den in den Prozess wegen des Breslauer Jarentosches verwickelten Bericht-erstatler Herrn v. Lügow wird in der „Frankf. Ztg.“ folgende Mittheilung gemacht:

„Er entstammt einer merkwürdigen Welsch-familie. Sein Vater war Kommandeur des merkwürdigen Grenadier-Regiments. Er ist im Kadettenkorps erzogen, war dann im Grenadier-Regiment Nr. 89 und wurde später ins Infanterie-Regiment Nr. 85 versetzt. Dort wurde er mit schicktem Abschied entlassen, später in dessen beim 96. Regiment in Altona wieder angestellt. Nachdem er noch vorübergehend beim 34. Regiment angehört hatte, trat er zu den Landwehroffizieren über. In Berlin verheiratete er sich als Journalist eine Gräfin zu gründen, und es gelang, ihm eine Stellung im „Wolffschen Bureau“ zu verschaffen. Dort wurde er indessen wegen Indiskretionen entlassen und gründete dann selbst ein kleines Nachrichtenbureau. Durch seinen Namen, seine sehr gewandten Manieren und dadurch, daß er fast immer in Uniform ging, gelang es ihm, selbst in guten und einflussreichen Kreisen Eingang zu finden, bis er im Jahre 1890 in der „Kreuzzeitung“ als russischer Spion denunziert und als Landwehroffizier entlassen wurde. Seitdem schlug er sich kümmerlich durch. Alle, die ihn kannten, waren sehr überlässig, ihn vor Jahr und Tag als Angehörigen der politischen Polizei in Berlin wieder zu treffen, in welcher Stellung er auf

Grund seiner Vergangenheit und seines unzuverlässigen Charakters so ungeeignet wie möglich erschien.“

Essen a. d. Ruhr, 28. Oktober. Der Kaiser legte gegen fünf Uhr nach der Villa Hügel zurück. An der Abendtafel, zu der etwa 50 Gedecke aufgelegt waren, nahmen außer dem Kaiser, dem Prinzen Heinrich mit Gefolge und dem Geh. Kommerzienrath Krupp und Gemahlin Theil: Admiral Knorr, Staatssekretär Hollmann, der Oberpräsident Raffe, Regierungspräsident von Rheinbaben, der Kommandant der 14. Division Generalleutnant Frhr. von Fumt, Arthur Krupp und Gemahlin, Hauptmann Frhr. von Ende und Gemahlin, ferner Oberbürgermeister Zweigert, Bürgermeister Goering, Landrath von Hoevel, Frhr. von Bietinghoff-Scheel, Frhr. von Schirr, sowie 20 Direktoren und andere Beamte der Krupp'schen Werke. Die Tafelmusik wurde wiederum von dem westfälischen Pionierbataillon Nr. 7 gestellt. Die Tafel trug einen herrlichen Schmuck von Orchideen.

Karlsruhe, 28. Oktober. Wie die „Karlsruher Zeitung“ meldet, ist der ordentliche Professor der Staatswissenschaften in Heidelberg, Dr. Karl Riez, auf seinen Antrag und unter Anerkennung seiner langjährigen ausgezeichneten akademischen Thätigkeit zum Großherzoge in den Ruhestand versetzt worden.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 28. Oktober. Abgeordnetenhaus. Die Abgeordneten Bernerstorfer und Kronawetter brachten eine Interpellation wegen der ohne richterlichen Befehl erfolgten Beschaffung des Paters Stojanowski ein.

Wien, 28. Oktober. Bei der Landtagswahl in Zwickl, dem früheren Wahlkreise Schnöner's, unterlag dessen Parteigenosse Döb gegen den christlich-sozialen Kandidaten Hofbauer.

Peft, 28. Oktober. Aus der Provinz kommen über die heute stattgehabten Wahlen sehr schismatische Nachrichten. Am bösartesten ging es in den städtischen Gegenden Oberungarns und an mehreren Punkten Nordwestungarns zu. Es ist erwiesen, daß überall dort die antiliberalen Volkspartei die Waffen bis zur Kezerei aufgeschleppt hat. Mit welchen Mitteln agitiert wurde, geht aus Folgendem hervor: Im Bezirke Gorna verbreiteten die Antiliberalen unter den Massen Flugblätter folgenden Inhalts: Wenn die Liberalen siegen, werden alle Kreuze von den Straßen verschwinden, die Gloden von den Kirchthürmen entfernt werden, die Kirchen in Magazine umgewandelt werden. Die Regierung werde 32 Altäre errichten, wo nicht Gott, sondern der Teufel anbetet werde. (1) Die guten Katholiken werden wie einst in Frankreich abgeschlachtet werden. Ferner wurde verbreitet, die Sakramente würden allen Jenen verweigert werden, die für einen Liberalen stimmten.

Die Wähler wurden auf das Kreuz vereidigt, für die Volkspartei zu stimmen. Wer dies nicht gethan, dessen Name soll an die Kirchenthür geschrieben und ihm selbst verboten werden, die Kirche zu betreten.

Diese fanatische Agitation wird den Antiliberalen trotz alledem nichts nützen. Den schließlichen Sieg der Liberalen werden sie doch nicht abwenden können.

Peft, 28. Oktober. Ministerpräsident Banffy wurde in Szilaghy-Somtoz, Defider Szilaghy in Brezoben einstimmig gewählt.

Peft, 28. Oktober. Bisher sind im Ganzen 202 Ergebnisse der Abgeordnetenwahlen bekannt. Davon entfallen auf die liberale Partei 155, auf die Nationalpartei 11, auf die Kossuth-fraktion 18, auf die Agrarfraktion 4 und die Volkspartei 3. Ferner wurden 7 feiner Partei Angehörige gewählt; außerdem sind vier Stichwahlen erforderlich. Die liberale Partei gewann 34 Mandate und verlor 6 Mandate.

Frankreich.

Paris, 28. Oktober. Die Deputiertenkammer wird morgen die Beratung des Gesetzes betreffend die Kunstwerke beginnen; nach demselben soll ein Zoll von 45 Franks für je 100 Kilogramm Posten, welche zur Herstellung von Wein dienen, erhoben werden. Zwischen dem Kabinett und der Kommission ist ein völliges Einvernehmen über den Gesetzentwurf erzielt worden.

Die Deereskommission der Deputiertenkammer genehmigte den Bericht Montfort's, welcher die Annahme des Gesetzentwurfs betreffend die Organisation des Oberkommandos empfiehlt.

Paris, 28. Oktober. Großfürst Wladimir statete heute Nachmittag dem Präsidenten Faure ein Ehyses einen Besuch ab und wurde mit militärischen Ehren empfangen.

Paris, 28. Oktober. Die in Marseille aus Madagaskar heute eingetroffenen Väter melden, die Königin habe, begleitet von dem General Boyron und einer starken Eskorte, am 15. September von Tananarivo verlassen, um sich in die Umgebung zu begeben. Die Eskorte hatte einen Zusammenstoß mit den Fahoalals, welche etwa 30 Tote verloren; die Begleitung verlor an Todten 4 feneagische Tirailleurs; 5 Tirailleurs und 3 Marinesoldaten wurden verwundet.

Italien.

Rom, 28. Oktober. Fürst Nikolaus von Montenegro, der gestern den Minister des Aeußeren Biscotti Venosta empfangen hatte, empfing heute den Ministerpräsidenten di Rudini in einstündiger Audienz.

Spanien und Portugal.

Die Spanier haben schon wiederum einen Sieg errufen, natürlich mittels des offiziellen Drabtes, wie immer. Aus Madrid wird berichtet: Amlich wird aus Manila gemeldet, daß General Jaramillo eine Truppe von etwa 1000 Aufständischen am linken Ufer des Panipit geschlagen hat. 60 Aufständische sind in dem Kampf gefallen, die Spanier hatten zwei Verwundete.

Nach einer Meldung aus Yapanza erklärte General Beyer auf Befragen, daß er auf eine rasche Pazifizierung aller Provinzen des westlichen Kubas rechte.

Asien.

Das japanische Kriegsministerium hat mit Genehmigung des letzten Reichstages beschloffen, bis Ablauf der nächsten sieben Jahre folgende Verstärkungen des Küstenschutzes vorzunehmen:

Es sollen zu einem ganzen Infanterie-Regiment der 1. Division (eigentlich in den drei Orten Yura, Maruto und Sakanajama), in Schimonoseki (und Oama) in Tananomi und Oadobama und in Sai bo (und Nagasaki). Diese Regimenter werden ihren Namen nach den Hauptgarnisonorten führen, nur das vierte Regiment soll „Geijo-Infanterie-Regiment“ heißen nach den Provinzen Aki (abgekürzt Ge) auf Oanto und Ijo auf Schikoku. Ein vollständig neues Regiment wird kürz erhalten und je ein neues Bataillon Maizuru und Oadobate. Vom nächsten Dezember ab werden auch die ersten zwei Kompagnien Eisenbahner und eine Kompagnie Militär-Telegraphisten dem japanischen Heere eingereiht werden. Alle erwähnten Garnisonorte sind für Japan von größter Wichtigkeit. Sie beherrschen das Vorgebirge Kantonaki bei Yokohama, südlich von Yokohama, und die gegenüberliegende Spitze von Katsu, in der Provinz Awa, den Eingang zur Bucht von Tokio. Yura, dicht bei Kobe auf der Insel Awaji gelegen, schützt den unmittelbaren Zugang zu den wichtigen Städten Kobe, Osaka und Kyoto. Schimonoseki und gegenüber Oama auf Kjusiu beherrschen den Eingang in die wichtigste Straße der japanischen Inselwelt, wie ähnlich weiterhin im innern die Punkte Tananomi in Aki und Oadobama in Ijo. Der Kriegshafen Sasebo schützt die alte Handelsstadt Nagasaki. Kobe ist ein Kriegshafen bei Hiroshima, ebenio Maizuru gegenüber von Wabiovolok. Oadobate auf dem südlichen Zipfel von Oadobate oder Jesso beherrscht die Tuguru-Straße zwischen dieser Insel und Oanto.

Amerika.

Der „große Tag“ für die Vereinigten Staaten — der 3. November — rückt immer näher und jede der beiden großen Parteien erklärt, ihr sei die Mehrheit sicher. Bryan hofft, daß ihm 300 Elektoralstimmen zufallen werden, während der „Geschäftsführer“ Mc Kinley, Mark Hanna, für diesen auf mindestens 302 Stimmen rechnet. Das gesamte Kollegium der Wahlmänner besteht in diesem Jahre aus 447 Personen. Nach der Bundesverfassung ist die Wahl des Bundespräsidenten der direkten Volksabstimmung entzogen; es sind nur Wahlmänner zu wählen und zwar in jedem Staate so viele, als er Vertreter im Senat und im Abgeordnetenhaus des Bundeskongresses besitzt. Diese Vertretung besteht für jeden Staat aus zwei Senatoren, während die Zahl der Abgeordneten sich nach der Einwohnerzahl jedes Staates richtet. Auf je 175 000 Einwohner entfällt ein Abgeordneter und demnach bei der am 3. November vorzunehmenden Wahl ein Wahlmann. Dabei sind selbstverständlich die stark bevölkerten Staaten dem schwächer bevölkerten Westen und Süden gegenüber stark im Vorteil. So wählt der Staat New York gegenwärtig allein 36 Wahlmänner; Pennsylvania 32, Illinois 24, Ohio 23, Missouri 17, Massachusetts, Indiana und Texas je 15, Michigan 14, Georgia, Kentucky und Iowa je 13, Virginia, Wisconsin und Tennessee je 12, Nord-Carolina und Alabama je 11, New-Jersey und Kansas je 10, Minnesota, Kalifornien, Mississippi und Süd-Carolina je 9, Maryland, Arkansas, Louisiana und Nebraska je 8, Connecticut, Maine und West-Virginien je 6, Vermont, New-Hampshire, Rhode Island, Florida, Colorado, Süd-Dakota, Oregon und Washington je vier, Delaware, Nord-Dakota, Utah, Wyoming, Nevada, Idaho und Montana nur je drei Wahlmänner. Die Wahlmänner eines jeden Staates kommen am ersten Mittwoch des Dezember in der politischen Hauptstadt ihres Staates zusammen, um ihre Stimmen für den von ihnen bevorzugten Präsidentschaftskandidaten abzugeben. Das Ergebnis ihrer Wahl wird von den Staatsbehörden beglaubigt, worauf die Akten nach der Bundeshauptstadt Washington geschickt werden, wo am zweiten Mittwoch des Februar vor dem versammelten Kongreß ihre Eröffnung und die Zählung der von den Wahlmännern abgegebenen Stimmen erfolgt. Da die Stimmenmehrheit entscheidet, so sind in diesem Jahre mindestens 224 Stimmen zur Erwählung eines Präsidenten erforderlich. Gehört kein Kandidat die erforderliche Mehrheit, so fällt die Wahl an den Kongreß. Da die Parteifarbe jedes Wahlmanns bekannt ist, kann natürlich schon aus den Wahlen am 3. November ein ziemlich sicherer Schluß auf die Person des gewählten Präsidenten gezogen werden. Zugleich mit der Urwahl für die Präsidentschaft finden zahlreiche Staatswahlen statt, die aber von geringerem Interesse sind. Dagegen sind die zugleich in vielen Staaten stattfindenden Kongreßwahlen von größerer Wichtigkeit und man hofft auf den Sieg der Outgothpartei, da derselbe Präsident, der von seinen Parteigenossen im Kongreß nicht genügende Unterstützung findet, in seinem Thum fast lahmgelegt ist. Die Regierung Cleveland's und seine Vermählungen, die Finanzlage zu bessern, waren dafür der beste Beweis. Von den 90 Mitgliedern des Senats hat nach der Verfassung am 4. März 1897 ein Drittel der Mitglieder auszufcheiden, für die am 3. November gleichfalls Ersatz geschaff werden muß. Die Auscheidenden sind diesmal 11 Outgoth- und 19 Silberfeneratoren; im Senate verbleiben noch 32 Outgoth- und 28 Silberfeneratoren. Also ist auch diese Neuwahl ungemein wichtig für die künftige Gestaltung im Kongreß. Wie aus New York dröhnlich gemeldet wird, ist die schwierigste Frage die, wie die Arbeitervereine des Landes stimmen werden. Die Central Labour Union und die Central Labour Federation unterstützen gegenwärtig die Fälle, die ihnen über ungesegelte Wahlbeeinflussung seitens der Arbeitgeber und Gesellschaften zugegangen sind, doch können, da in den Vereinigten Staaten mit Ausnahme von Georgia, Louisiana, Nord- und Süd-Carolina die geheime Stimmethode eingeführt ist, Wahlbeeinflussungen nicht viel ausrichten.

Der amerikanische Postkoffer in Berlin hat das von dem Ausführe für die populäre Präsidialwahl-Kampagne in den Vereinigten Staaten ausgehende Rundschreiben, worin um Beiträge für die Führung der Kampagne gebeten wird, in einem sehr nachdrücklichen Schreiben beantwortet. Er sagt darin, er könne einen Kontent, dessen Prinzipien und Politik, wie solche in seiner Plattform ausgesprochen sind und welche mit den historischen Grundsätzen der wahren und großen demokratischen Partei im Widerspruch stehen, nicht als den rechtmäßigen Vertreter der

Partei anerkennen. Die Plattform von Chicago führe einen Schlag gegen das innerste Wesen der konstitutionellen Regierungsform und künde eine Politik an, welche die Hauptpfeiler der Regierung unterminieren würde. Die Plattform enthalte ferner die Drohung der Entwerthung des Geldes und der Ungültigmachung abgeschlossener Kontrakte. Das Schreiben schließt mit folgenden Worten: „Dies ist das Wesen der Plattform von Chicago. Sie ist nur dem Namen nach demokratisch; ihrem Geiste, ihrem Wesen und ihrer Tendenz nach ist sie un-demokratisch, unamerikanisch, revolutionär, und es ist die erste und besondere Pflicht treuer Demokraten, darüber zu wachen, daß ein so schädliches Ereigniß nicht im Namen der Demokratie dem Gemeinwesen aufgeschleppt wird.“

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 29. Oktober. Von der Partei der unabhängigen Stadtverordneten oder der jetzigen Minderheit sind in der III. Abtheilung als Kandidaten für die Stadtverordnetenwahl aufgestellt:

- im 1. Bezirk die Herren Fleischermeister **A. Poppe**, Kaufmann **C. Ludwig**,
- im 2. Bezirk die Herren Eisenbahn-Bureauvorsteher **G. Krohn**, Kaufmann **Friedr. Kopp**, Schiffsehrer **W. Petermann**,
- Dr. med. **C. Neumeister**,

im 3. Bezirk Herr Kaufmann **Albert Dittmer**, im 4. Bezirk Herr Kaufmann **Eduard Vöhsch**, im 5. Bezirk Herr Fleischermeister **C. Labewig**, im 6. Bezirk Herr Maurermeister **Th. Vöhs**, von der Gegenpartei — also von der jetzigen Majorität — und Magistratepartei sind als Kandidaten aufgestellt:

- im 1. Bezirk die Herren Vöhsmeister **A. Vöhs**, Kaufmann **P. Alkenberg**,

im 2. Bezirk die Herren Dr. med. **Freund**, Brauereibesitzer **H. Rückforth**, Buchbindermeister **Rich. Sieber**, Redakteur **A. Winkler**,

- im 3. Bezirk Herr Koch **Rich. Reinhardt**, im 4. Bezirk noch nicht bekannt,

im 5. Bezirk Herr Kaufmann **C. Seitz**, im 6. Bezirk Herr Oberlehrer **Dr. J. J. J. J.**

Von diesen letzteren neun Herren gehörten vier, nämlich die Herren Dr. Freund, Rückforth, Sieber und Seitz, schon der bisherigen Majorität der Stadtverordneten an, und sind dieselben als unbedingte Anhänger der Magistratepartei genügend bekannt. An neuen Männern aber scheint im gegnerischen Lager sehr fühlbarer Mangel zu herrschen. Herr Redakteur A. Winkler soll dem Vernehmen nach faute de mieux in allen drei Abtheilungen für die Magistratepartei kandidieren, und ist demzufolge auch, wie oben mitgeteilt, in einem Bezirk der dritten Abtheilung als Kandidat aufgestellt. Im Uebrigen ist er ja nur ein kleiner Vöhrer des Herrn Dr. Ameling! Herr Oberlehrer J. J. J. ist einer der wenigen Anhänger des Herrn Stadtschulrath Dr. Krolka in der Lehrerwelt, und verdient offenbar nur diesem Umstande seine Aufstellung als Kandidat. Viel Sympathien in der Lehrerwelt hat derselbe nicht gehabt und dürfte sie auch durch seine Aufstellung als Kandidat nicht erreichen! Herrn Vöhsmeister Vöhs' Stellung zu kommunalen Fragen ist wenig bekannt, Herr Kaufmann Klingenberg hat bei früheren Stadtverordnetenwahlen für die Kandidaten der Minderheit gestimmt; man zweifelt daher wohl mit Recht, ob die Aufstellung der Herren Vöhs und Klingenberg mit oder ohne ihren Willen erfolgt ist. Auch in dem 3. Bezirk hat man in Herrn Koch Reinhardt einen Kandidaten aufgestellt, welcher früher gleichfalls für die Kandidaten der Minderheit gestimmt hat! In dem Bezirke selbst scheint sich kein Anhänger der Majorität gefunden zu haben, den man als Kandidat aufstellen konnte. Außerdem läßt man Herrn Koch Reinhardt unter doppelter Flagge segeln. Einmal wird er als jetziger Anhänger der Majorität gepriesen. In einem andern von mehreren Wählern unterzeichneten Aufruf wird er als ein Mann ausgegeben, welcher außerhalb der beiden sich bekämpfenden Parteien stehe und sich keiner derselben anschließen werde.

Stettin, 29. Oktober. Die Stettiner Abendzeitung bringt einen Artikel über „Die Lehrer und die Stadtverordnetenwahl“, durch welchen sie in recht plumper Weise die Lehrer für die Wahlen einfangen will. Sie bringt dabei allen Lesern noch einmal die von einem ihrer Stimmgenossen in der letzten Stadtverordneten-Sitzung gehaltenen „Wahlrede“ in Erinnerung und sucht andererseits die Mitglieder der jetzigen Stadtverordneten-Minderheit in ein möglichst ungünstiges Licht zu stellen. Sie spricht von der Minderheit nur als von einer Partei „Grahmann-Malkewitz“ und von einer „Hausbesitzer-Partei“ und schiebt derselben unter, sie verfolge mit der Behauptung zu agitieren, daß die Mitglieder der Mehrheit der Stadtverordneten-Verammlung nicht für die Erhöhung der Lehrergehälter stimmen würden. Sie weist auch auf den Verhandlungen der Finanzkommission zu beruhen, daß die Veranlassung der Magistratepartei auf Antrag eines Mitgliedes der Partei „Grahmann-Malkewitz“ verlegt sei. Dieser „Vertragssatz“ wurde aber nur gestellt, weil der ganzen Finanzkommission das ihr gestellte Material zur Beurtheilung der Frage nicht ausreichend erschien und das betr. Mitglied der „Partei Grahmann-Malkewitz“ die Information der Finanzkommission in seiner Weise beschränken wollte. Thatsache ist aber ferner, daß eins der Hauptziele der Finanzkommission, ein Stadtverordneter der Mehrheit, die Vorlage über die Erhöhung der Lehrergehälter einfach bei Seite gelassen wissen wollte und ein anderes sehr einflussreiches Mehrheits-Mitglied die Behauptung aufstellte, eine Erhöhung der Gehälter könne man doch nur dann vornehmen, wenn man eben die Gehälter erhöhen wolle, irgend welcher Grund zur Erhöhung der Lehrergehälter liege zur Zeit nicht vor. Warum hat denn der Gewährsmann der „St. A. Ztg.“ diese Thatsachen aus den Be-

